

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Fakultativprotokoll vom 10. Dezember 2008 zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

A. Problem und Ziel

Das in New York am 10. Dezember 2008 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommene Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte soll innerstaatlich in Kraft gesetzt werden. Das Fakultativprotokoll ist ein eigenständiger völkerrechtlicher Vertrag. Es erweitert die Kompetenzen des Ausschusses über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen um Kontrollmechanismen, insbesondere das Beschwerdeverfahren für Einzelpersonen und Personengruppen. Den weiteren beiden Kontrollmechanismen, dem Staatenbeschwerdeverfahren und dem Untersuchungsverfahren, soll nicht beigetreten werden.

Durch das Fakultativprotokoll werden keine neuen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte begründet. Das Beschwerdeverfahren für Einzelpersonen und Personengruppen dient der Überwachung des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bereits mit der Ratifikation des Paktes am 23. Dezember 1973 (BGBl. 1973 II S. 1569, 1570; 1976 II S. 428) zur Einhaltung der darin vorgesehenen Rechte verpflichtet und unterliegt dem Staatenberichtsverfahren. Die Empfehlungen des Ausschusses im Rahmen des Beschwerdeverfahrens für Einzelpersonen und Personengruppen sind rechtlich nicht verbindlich, sie genießen als Vertragsauslegung durch den dazu berufenen Expertenausschuss jedoch politisch große menschenrechtliche Autorität.

Fristablauf: 16. 09. 22

B. Lösung

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifizierung des Fakultativprotokolls geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Auswirkungen auf die Einzelpreise, das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

05. 08. 22

AIS – AA

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Fakultativprotokoll vom 10. Dezember 2008
zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966
über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 5. August 2022

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Fakultativprotokoll vom 10. Dezember 2008 zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Olaf Scholz

Geszentwurf der Bundesregierung

Entwurf

Gesetz zu dem Fakultativprotokoll vom 10. Dezember 2008 zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem in New York am 10. Dezember 2008 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (BGBl. 1973 II S. 1569, 1570; 1976 II S. 428) wird zugestimmt. Das Fakultativprotokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Fakultativprotokoll nach seinem Artikel 18 Absatz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte nach seinem Artikel 18 Absatz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch das Gesetz entstehen für Bund, Länder und Gemeinden keine weiteren Kosten.

Es entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

Auswirkungen auf die Einzelpreise, das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, oder die Umwelt sind ebenfalls nicht zu erwarten.

Das Vertragsgesetz steht im Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Es leistet einen Beitrag dazu, die Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zu fördern. Insbesondere das Nachhaltigkeitsziel 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ wird durch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Fakultativprotokoll verfolgt. Das Fakultativprotokoll fördert die Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene im Sinne des Ziels 16.3. („Die Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene fördern und den gleichberechtigten Zugang aller zur Justiz gewährleisten“). Die Beschwerdeverfahren vor dem Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen sind zwar nicht vergleichbar mit den nationalen oder europäischen gerichtlichen Überprüfungsmechanismen. Die Mitteilungen und die vom Ausschuss ergehenden Auffassungen und Empfehlungen ergänzen die gerichtlichen Mechanismen dennoch sinnvoll, da sie wichtige politische Impulse für die rechtliche Weiterentwicklung auf nationaler Ebene zu einzelnen Sachverhalten geben können. Auf diese Weise fördern sie auch die Umsetzung der menschenrechtlichen Verpflichtungen aus dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen auf nationaler Ebene.

Fakultativprotokoll
zum Internationalen Pakt
über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Optional Protocol
to the International Covenant
on economic, social and cultural Rights

Protocole Facultatif
se rapportant au pacte International
Relatif aux droits économiques, sociaux et culturels

(Übersetzung)

Preamble

The States Parties to the present Protocol,

Considering that, in accordance with the principles proclaimed in the Charter of the United Nations, recognition of the inherent dignity and of the equal and inalienable rights of all members of the human family is the foundation of freedom, justice and peace in the world,

Noting that the Universal Declaration of Human Rights proclaims that all human beings are born free and equal in dignity and rights and that everyone is entitled to all the rights and freedoms set forth therein, without distinction of any kind, such as race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, property, birth or other status,

Recalling that the Universal Declaration of Human Rights and the International Covenants on Human Rights recognize that the ideal of free human beings enjoying freedom from fear and want can only be achieved if conditions are created whereby everyone may enjoy civil, cultural, economic, political and social rights,

Reaffirming the universality, indivisibility, interdependence and interrelatedness of all human rights and fundamental freedoms,

Préambule

Les États Parties au présent Protocole,

Considérant que, conformément aux principes proclamés dans la Charte des Nations Unies, la reconnaissance de la dignité inhérente à tous les membres de la famille humaine et de leurs droits égaux et inaliénables constitue le fondement de la liberté, de la justice et de la paix dans le monde,

Notant que la Déclaration universelle des droits de l'homme proclame que tous les êtres humains naissent libres et égaux en dignité et en droits et que chacun peut se prévaloir de tous les droits et de toutes les libertés proclamés dans la Déclaration, sans distinction aucune, notamment de race, de couleur, de sexe, de langue, de religion, d'opinion politique ou de toute autre opinion, d'origine nationale ou sociale, de fortune, de naissance ou de toute autre situation,

Rappelant que la Déclaration universelle des droits de l'homme et les Pactes internationaux relatifs aux droits de l'homme reconnaissent que l'idéal de l'être humain libre, libéré de la crainte et de la misère, ne peut être réalisé que si sont créées les conditions permettant à chacun de jouir de ses droits civils, culturels, économiques, politiques et sociaux,

Réaffirmant que tous les droits de l'homme et libertés fondamentales sont universels, indissociables, interdépendants et intimement liés,

Präambel

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

in der Erwägung, dass nach den in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Grundsätzen die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft innewohnenden Würde und der Gleichheit und Unveräußerlichkeit ihrer Rechte die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

im Hinblick darauf, dass in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündet wird, dass alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind und dass jeder ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand, Anspruch auf alle darin verkündeten Rechte und Freiheiten hat,

unter Hinweis darauf, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Internationalen Menschenrechtspakte anerkennen, dass das Ideal vom freien Menschen, der frei von Furcht und Not lebt, nur verwirklicht werden kann, wenn Verhältnisse geschaffen werden, in denen jeder seine bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte genießen kann,

in erneuter Bekräftigung dessen, dass alle Menschenrechte und Grundfreiheiten allgemein gültig und unteilbar sind, einander bedingen und miteinander verknüpft sind,

Recalling that each State Party to the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (hereinafter referred to as the Covenant) undertakes to take steps, individually and through international assistance and cooperation, especially economic and technical, to the maximum of its available resources, with a view to achieving progressively the full realization of the rights recognized in the Covenant by all appropriate means, including particularly the adoption of legislative measures,

Considering that, in order further to achieve the purposes of the Covenant and the implementation of its provisions, it would be appropriate to enable the Committee on Economic, Social and Cultural Rights (hereinafter referred to as the Committee) to carry out the functions provided for in the present Protocol,

Have agreed as follows:

Article 1

Competence of the Committee to receive and consider communications

1. A State Party to the Covenant that becomes a Party to the present Protocol recognizes the competence of the Committee to receive and consider communications as provided for by the provisions of the present Protocol.

2. No communication shall be received by the Committee if it concerns a State Party to the Covenant which is not a Party to the present Protocol.

Article 2

Communications

Communications may be submitted by or on behalf of individuals or groups of individuals, under the jurisdiction of a State Party, claiming to be victims of a violation of any of the economic, social and cultural rights set forth in the Covenant by that State Party. Where a communication is submitted on behalf of individuals or groups of individuals, this shall be with their consent unless the author can justify acting on their behalf without such consent.

Article 3

Admissibility

1. The Committee shall not consider a communication unless it has ascertained that all available domestic remedies have been exhausted. This shall not be the rule where the application of such remedies is unreasonably prolonged.

2. The Committee shall declare a communication inadmissible when:

Rappelant que chacun des États Parties au Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels (ci-après dénommé le Pacte) s'engage à agir, tant par son effort propre que par l'assistance et la coopération internationales, notamment sur les plans économique et technique, au maximum de ses ressources disponibles, en vue d'assurer progressivement le plein exercice des droits reconnus dans le Pacte par tous les moyens appropriés, y compris en particulier l'adoption de mesures législatives,

Considérant que, pour mieux assurer l'accomplissement des fins du Pacte et l'application de ses dispositions, il conviendrait d'habiliter le Comité des droits économiques, sociaux et culturels (ci-après dénommé le Comité) à s'acquitter des fonctions prévues dans le présent Protocole,

Sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Compétence du Comité pour recevoir et examiner des communications

1. Tout État Partie au Pacte qui devient Partie au présent Protocole reconnaît que le Comité a compétence pour recevoir et examiner les communications prévues par les dispositions du présent Protocole.

2. Le Comité ne reçoit aucune communication intéressant un État Partie au Pacte qui n'est pas Partie au présent Protocole.

Article 2

Communications

Des communications peuvent être présentées par des particuliers ou groupes de particuliers ou au nom de particuliers ou groupes de particuliers relevant de la juridiction d'un État Partie, qui affirment être victimes d'une violation par cet État Partie d'un des droits économiques, sociaux et culturels énoncés dans le Pacte. Une communication ne peut être présentée au nom de particuliers ou groupes de particuliers qu'avec leur consentement à moins que l'auteur ne puisse justifier qu'il agit en leur nom sans un tel consentement.

Article 3

Recevabilité

1. Le Comité n'examine aucune communication sans avoir vérifié que tous les recours internes ont été épuisés. Cette règle ne s'applique pas dans les cas où la procédure de recours excède des délais raisonnables.

2. Le Comité déclare irrecevable toute communication qui:

unter Hinweis darauf, dass sich jeder Vertragsstaat des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (im Folgenden als „Pakt“ bezeichnet) verpflichtet, einzeln und durch internationale Hilfe und Zusammenarbeit, insbesondere wirtschaftlicher und technischer Art, unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten Maßnahmen zu treffen, um nach und nach mit allen geeigneten Mitteln, vor allem durch gesetzgeberische Maßnahmen, die volle Verwirklichung der in dem Pakt anerkannten Rechte zu erreichen,

in der Erwägung, dass es zur weiteren Verwirklichung der Ziele des Paktes und zur weiteren Durchführung seiner Bestimmungen angebracht wäre, dem Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (im Folgenden als „Ausschuss“ bezeichnet) die Wahrnehmung der in diesem Protokoll vorgesehenen Aufgaben zu ermöglichen –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Zuständigkeit des Ausschusses für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen

(1) Ein Vertragsstaat des Paktes, der Vertragspartei dieses Protokolls wird, erkennt die in diesem Protokoll vorgesehene Zuständigkeit des Ausschusses für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen an.

(2) Der Ausschuss nimmt keine Mitteilung entgegen, die einen Vertragsstaat des Paktes betrifft, der nicht Vertragspartei dieses Protokolls ist.

Artikel 2

Mitteilungen

Mitteilungen können von oder im Namen von der Hoheitsgewalt eines Vertragsstaats unterstehenden Einzelpersonen oder Personengruppen eingereicht werden, die behaupten, Opfer einer Verletzung eines der im Pakt niedergelegten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte durch diesen Vertragsstaat zu sein. Wird eine Mitteilung im Namen von Einzelpersonen oder Personengruppen eingereicht, so hat dies mit ihrer Zustimmung zu geschehen, es sei denn, der Verfasser kann rechtfertigen, ohne eine solche Zustimmung in ihrem Namen zu handeln.

Artikel 3

Zulässigkeit

(1) Der Ausschuss prüft eine Mitteilung nur, wenn er sich vergewissert hat, dass alle zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft worden sind. Dies gilt nicht, wenn das Verfahren bei der Anwendung der Rechtsbehelfe unangemessen lange dauert.

(2) Der Ausschuss erklärt eine Mitteilung für unzulässig,

- | | | |
|--|---|--|
| <p>(a) It is not submitted within one year after the exhaustion of domestic remedies, except in cases where the author can demonstrate that it had not been possible to submit the communication within that time limit;</p> | <p>a) N'est pas présentée dans les douze mois suivant l'épuisement des recours internes, sauf dans les cas où l'auteur peut démontrer qu'il n'a pas été possible de présenter la communication dans ce délai;</p> | <p>a) wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach der Erschöpfung der innerstaatlichen Rechtsbehelfe eingereicht wird, außer in Fällen, in denen der Verfasser nachweisen kann, dass eine Einreichung innerhalb dieser Frist nicht möglich war,</p> |
| <p>(b) The facts that are the subject of the communication occurred prior to the entry into force of the present Protocol for the State Party concerned unless those facts continued after that date;</p> | <p>b) Porte sur des faits antérieurs à la date d'entrée en vigueur du présent Protocole à l'égard de l'État Partie intéressé, à moins que ces faits ne persistent après cette date;</p> | <p>b) wenn die der Mitteilung zugrunde liegenden Tatsachen vor dem Inkrafttreten dieses Protokolls für den betreffenden Vertragsstaat eingetreten sind, es sei denn, dass sie auch nach diesem Zeitpunkt weiterbestehen,</p> |
| <p>(c) The same matter has already been examined by the Committee or has been or is being examined under another procedure of international investigation or settlement;</p> | <p>c) A trait à une question qu'il a déjà examinée ou qui a déjà fait l'objet ou qui fait l'objet d'un examen dans le cadre d'une autre procédure d'enquête ou de règlement au niveau international;</p> | <p>c) wenn dieselbe Sache bereits vom Ausschuss untersucht worden ist oder in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft worden ist oder geprüft wird,</p> |
| <p>(d) It is incompatible with the provisions of the Covenant;</p> | <p>d) Est incompatible avec les dispositions du Pacte;</p> | <p>d) wenn sie mit den Bestimmungen des Paktes unvereinbar ist,</p> |
| <p>(e) It is manifestly ill-founded, not sufficiently substantiated or exclusively based on reports disseminated by mass media;</p> | <p>e) Est manifestement mal fondée, insuffisamment étayée ou repose exclusivement sur des informations diffusées par les médias;</p> | <p>e) wenn sie offensichtlich unbegründet ist, nicht hinreichend begründet wird oder ausschließlich auf von Massenmedien verbreiteten Berichten beruht,</p> |
| <p>(f) It is an abuse of the right to submit a communication; or when</p> | <p>f) Constitue un abus du droit de présenter une communication;</p> | <p>f) wenn sie einen Missbrauch des Rechts auf Einreichung einer Mitteilung darstellt oder</p> |
| <p>(g) It is anonymous or not in writing.</p> | <p>g) Est anonyme ou n'est pas présentée par écrit.</p> | <p>g) wenn sie anonym ist oder nicht schriftlich eingereicht wird.</p> |

Article 4**Communications not revealing a clear disadvantage**

The Committee may, if necessary, decline to consider a communication where it does not reveal that the author has suffered a clear disadvantage, unless the Committee considers that the communication raises a serious issue of general importance.

Article 4**Communications dont il ne ressort pas un désavantage notable**

Le Comité peut, si nécessaire, refuser d'examiner une communication dont il ne ressort pas que l'auteur a subi un désavantage notable, à moins que le Comité ne considère que la communication soulève une grave question d'importance générale.

Artikel 4**Mitteilungen, die keine eindeutige Benachteiligung erkennen lassen**

Der Ausschuss kann die Prüfung einer Mitteilung erforderlichenfalls ablehnen, wenn sie nicht erkennen lässt, dass der Verfasser eine eindeutige Benachteiligung erlitten hat, es sei denn, der Ausschuss ist der Auffassung, dass die Mitteilung eine ernste Frage von allgemeiner Bedeutung aufwirft.

Article 5**Interim measures**

1. At any time after the receipt of a communication and before a determination on the merits has been reached, the Committee may transmit to the State Party concerned for its urgent consideration a request that the State Party take such interim measures as may be necessary in exceptional circumstances to avoid possible irreparable damage to the victim or victims of the alleged violations.

2. Where the Committee exercises its discretion under paragraph 1 of the present article, this does not imply a determination on admissibility or on the merits of the communication.

Article 5**Mesures provisoires**

1. Après réception d'une communication et avant de prendre une décision sur le fond, le Comité peut à tout moment soumettre à l'urgente attention de l'État Partie intéressé une demande tendant à ce que l'État Partie prenne les mesures provisoires qui peuvent être nécessaires dans des circonstances exceptionnelles pour éviter qu'un éventuel préjudice irréparable ne soit causé à la victime ou aux victimes de la violation présumée.

2. Le Comité ne préjuge pas de sa décision sur la recevabilité ou le fond de la communication du simple fait qu'il exerce la faculté que lui donne le paragraphe 1 du présent article.

Artikel 5**Vorläufige Maßnahmen**

(1) Der Ausschuss kann jederzeit nach Eingang einer Mitteilung und bevor eine Entscheidung in der Sache selbst getroffen worden ist, dem betreffenden Vertragsstaat ein Gesuch zur sofortigen Prüfung übermitteln, in dem er aufgefordert wird, die vorläufigen Maßnahmen zu treffen, die unter außergewöhnlichen Umständen gegebenenfalls erforderlich sind, um einen möglichen nicht wiedergutzumachenden Schaden für das oder die Opfer der behaupteten Verletzung abzuwenden.

(2) Übt der Ausschuss sein Ermessen nach Absatz 1 aus, so bedeutet das keine Entscheidung über die Zulässigkeit der Mitteilung oder in der Sache selbst.

Article 6**Transmission of the communication**

1. Unless the Committee considers a communication inadmissible without reference to the State Party concerned, the

Article 6**Transmission de la communication**

1. Sauf s'il la juge d'office irrecevable sans en référer à l'État Partie intéressé, le Comité porte confidentiellement à l'atten-

Artikel 6**Übermittlung der Mitteilung**

(1) Sofern nicht der Ausschuss eine Mitteilung für unzulässig erachtet, ohne sich dabei an den betreffenden Vertragsstaat zu

Committee shall bring any communication submitted to it under the present Protocol confidentially to the attention of the State Party concerned.

2. Within six months, the receiving State Party shall submit to the Committee written explanations or statements clarifying the matter and the remedy, if any, that may have been provided by that State Party.

Article 7

Friendly settlement

1. The Committee shall make available its good offices to the parties concerned with a view to reaching a friendly settlement of the matter on the basis of the respect for the obligations set forth in the Covenant.

2. An agreement on a friendly settlement closes consideration of the communication under the present Protocol.

Article 8

Examination of communications

1. The Committee shall examine communications received under article 2 of the present Protocol in the light of all documentation submitted to it, provided that this documentation is transmitted to the parties concerned.

2. The Committee shall hold closed meetings when examining communications under the present Protocol.

3. When examining a communication under the present Protocol, the Committee may consult, as appropriate, relevant documentation emanating from other United Nations bodies, specialized agencies, funds, programmes and mechanisms, and other international organizations, including from regional human rights systems, and any observations or comments by the State Party concerned.

4. When examining communications under the present Protocol, the Committee shall consider the reasonableness of the steps taken by the State Party in accordance with part II of the Covenant. In doing so, the Committee shall bear in mind that the State Party may adopt a range of possible policy measures for the implementation of the rights set forth in the Covenant.

Article 9

Follow-up to the views of the Committee

1. After examining a communication, the Committee shall transmit its views on the communication, together with its recommendations, if any, to the parties concerned.

tion de cet État Partie toute communication qui lui est adressée en vertu du présent Protocole.

2. Dans un délai de six mois, l'État Partie intéressé présente par écrit au Comité des explications ou déclarations apportant des précisions sur l'affaire qui fait l'objet de la communication en indiquant, le cas échéant, les mesures correctives qu'il a prises.

Article 7

Règlement amiable

1. Le Comité met ses bons offices à la disposition des États Parties intéressés en vue de parvenir à un règlement amiable de la question fondé sur le respect des obligations énoncées dans le Pacte.

2. Tout accord de règlement amiable met un terme à l'examen de la communication présentée en vertu du présent Protocole.

Article 8

Examen des communications

1. Le Comité examine les communications qui lui sont adressées en vertu de l'article 2 du présent Protocole en tenant compte de toute la documentation qui lui a été soumise, étant entendu que cette documentation doit être communiquée aux parties intéressées.

2. Le Comité examine à huis clos les communications qui lui sont adressées en vertu du présent Protocole.

3. Lorsqu'il examine une communication présentée en vertu du présent Protocole, le Comité peut consulter, selon qu'il conviendra, la documentation pertinente émanant d'autres organes ou institutions spécialisées, fonds, programmes et mécanismes des Nations Unies et d'autres organisations internationales, y compris des systèmes régionaux des droits de l'homme, et toute observation ou commentaire de l'État Partie concerné.

4. Lorsqu'il examine les communications qu'il reçoit en vertu du présent Protocole, le Comité détermine le caractère approprié des mesures prises par l'État Partie, conformément aux dispositions de la deuxième partie du Pacte. Ce faisant, il garde à l'esprit le fait que l'État Partie peut adopter un éventail de mesures pour mettre en œuvre les droits énoncés dans le Pacte.

Article 9

Suivi des constatations du Comité

1. Après avoir examiné une communication, le Comité transmet ses constatations sur la communication, accompagnées, le cas échéant, de ses recommandations aux parties intéressées.

wenden, bringt der Ausschuss jede ihm nach diesem Protokoll zugegangene Mitteilung dem betreffenden Vertragsstaat vertraulich zur Kenntnis.

(2) Der betreffende Vertragsstaat übermittelt dem Ausschuss innerhalb von sechs Monaten schriftliche Erklärungen oder Darlegungen zur Klärung der Sache und der gegebenenfalls von ihm getroffenen Abhilfemaßnahmen.

Artikel 7

Gütliche Einigung

(1) Der Ausschuss stellt den beteiligten Parteien seine guten Dienste zur Verfügung, um in der Sache eine gütliche Einigung auf der Grundlage der Achtung der im Pakt niedergelegten Verpflichtungen herbeizuführen.

(2) Mit Zustandekommen einer gütlichen Einigung wird die Prüfung der Mitteilung nach diesem Protokoll eingestellt.

Artikel 8

Prüfung der Mitteilungen

(1) Der Ausschuss prüft die ihm nach Artikel 2 zugegangenen Mitteilungen unter Berücksichtigung aller ihm unterbreiteten Unterlagen, wobei diese Unterlagen den betreffenden Parteien zuzuleiten sind.

(2) Der Ausschuss berät über Mitteilungen aufgrund dieses Protokolls in nichtöffentlicher Sitzung.

(3) Bei der Prüfung einer Mitteilung aufgrund dieses Protokolls kann der Ausschuss gegebenenfalls einschlägige Unterlagen anderer Organe, Sonderorganisationen, Fonds, Programme und Mechanismen der Vereinten Nationen und einschlägige Unterlagen anderer internationaler Organisationen, einschließlich regionaler Menschenrechtssysteme, sowie Stellungnahmen oder Bemerkungen des betreffenden Vertragsstaats heranziehen.

(4) Bei der Prüfung von Mitteilungen aufgrund dieses Protokolls prüft der Ausschuss die Angemessenheit der von dem Vertragsstaat im Einklang mit Teil II des Paktes getroffenen Maßnahmen. Dabei berücksichtigt der Ausschuss, dass der Vertragsstaat zur Verwirklichung der im Pakt niedergelegten Rechte eine Reihe möglicher Maßnahmen treffen kann.

Artikel 9

Folgebemaßnahmen angesichts der Auffassungen des Ausschusses

(1) Nachdem der Ausschuss eine Mitteilung geprüft hat, übermittelt er den betreffenden Parteien seine Auffassungen zusammen mit etwaigen Empfehlungen.

2. The State Party shall give due consideration to the views of the Committee, together with its recommendations, if any, and shall submit to the Committee, within six months, a written response, including information on any action taken in the light of the views and recommendations of the Committee.

3. The Committee may invite the State Party to submit further information about any measures the State Party has taken in response to its views or recommendations, if any, including as deemed appropriate by the Committee, in the State Party's subsequent reports under articles 16 and 17 of the Covenant.

2. L'État Partie examine dûment les constatations et les éventuelles recommandations du Comité et soumet dans les six mois au Comité une réponse écrite contenant des informations sur toute action menée à la lumière des constatations et recommandations du Comité.

3. Le Comité peut inviter l'État Partie à lui soumettre un complément d'information sur les mesures prises en réponse à ses constatations ou à ses éventuelles recommandations, y compris, si le Comité le juge approprié, dans les rapports ultérieurs de l'État Partie présentés au titre des articles 16 et 17 du Pacte.

(2) Der Vertragsstaat zieht die Auffassungen des Ausschusses zusammen mit etwaigen Empfehlungen gebührend in Erwägung und unterbreitet dem Ausschuss innerhalb von sechs Monaten eine schriftliche Antwort, einschließlich Angaben über alle unter Berücksichtigung der Auffassungen und Empfehlungen des Ausschusses getroffenen Maßnahmen.

(3) Der Ausschuss kann den Vertragsstaat auffordern, weitere Angaben über alle Maßnahmen, die der Vertragsstaat als Reaktion auf die Auffassungen oder gegebenenfalls auf die Empfehlungen des Ausschusses getroffen hat, vorzulegen, einschließlich, soweit dies vom Ausschuss als geeignet erachtet wird, in den folgenden Berichten des Vertragsstaats nach den Artikeln 16 und 17 des Paktes.

Article 10

Inter-State communications

1. A State Party to the present Protocol may at any time declare under the present article that it recognizes the competence of the Committee to receive and consider communications to the effect that a State Party claims that another State Party is not fulfilling its obligations under the Covenant. Communications under the present article may be received and considered only if submitted by a State Party that has made a declaration recognizing in regard to itself the competence of the Committee. No communication shall be received by the Committee if it concerns a State Party which has not made such a declaration. Communications received under the present article shall be dealt with in accordance with the following procedure:

- (a) If a State Party to the present Protocol considers that another State Party is not fulfilling its obligations under the Covenant, it may, by written communication, bring the matter to the attention of that State Party. The State Party may also inform the Committee of the matter. Within three months after the receipt of the communication the receiving State shall afford the State that sent the communication an explanation, or any other statement in writing clarifying the matter, which should include, to the extent possible and pertinent, reference to domestic procedures and remedies taken, pending or available in the matter;
- (b) If the matter is not settled to the satisfaction of both States Parties concerned within six months after the receipt by the receiving State of the initial communication, either State shall have the right to refer the matter to the Committee, by notice given to the Committee and to the other State;

Article 10

Communications interétatiques

1. Tout État Partie au présent Protocole peut déclarer à tout moment, en vertu du présent article, qu'il reconnaît la compétence du Comité pour recevoir et examiner des communications dans lesquelles un État Partie affirme qu'un autre État Partie ne s'acquitte pas de ses obligations au titre du Pacte. Les communications présentées en vertu du présent article ne peuvent être reçues et examinées que si elles émanent d'un État Partie qui a fait une déclaration reconnaissant, en ce qui le concerne, la compétence du Comité. Le Comité ne reçoit aucune communication visant un État Partie qui n'a pas fait une telle déclaration. La procédure ci-après s'applique à l'égard des communications reçues conformément au présent article:

- a) Si un État Partie au présent Protocole estime qu'un autre État Partie ne s'acquitte pas de ses obligations au titre du Pacte, il peut appeler, par communication écrite, l'attention de cet État sur la question. L'État Partie peut aussi informer le Comité de la question. Dans un délai de trois mois à compter de la réception de la communication, l'État destinataire fera tenir à l'État qui a adressé la communication des explications ou toutes autres déclarations écrites éucidant la question, qui devront comprendre, dans toute la mesure possible et utile, des indications sur ses règles de procédure et sur les moyens de recours exercés, pendants ou encore ouverts;
- b) Si la question n'est pas réglée à la satisfaction des deux États Parties intéressés dans un délai de six mois à compter de la date de réception de la communication originale par l'État destinataire, l'un et l'autre auront le droit de la soumettre au Comité, en adressant une notification au Comité ainsi qu'à l'autre État intéressé;

Artikel 10

Zwischenstaatliche Mitteilungen

(1) Ein Vertragsstaat dieses Protokolls kann aufgrund dieses Artikels jederzeit erklären, dass er die Zuständigkeit des Ausschusses für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen anerkennt, in denen ein Vertragsstaat geltend macht, ein anderer Vertragsstaat komme seinen Verpflichtungen aus dem Pakt nicht nach. Mitteilungen aufgrund dieses Artikels können nur entgegengenommen und geprüft werden, wenn sie von einem Vertragsstaat eingereicht werden, der für sich selbst die Zuständigkeit des Ausschusses durch eine Erklärung anerkannt hat. Der Ausschuss darf keine Mitteilung entgegennehmen, die einen Vertragsstaat betrifft, der keine derartige Erklärung abgegeben hat. Auf Mitteilungen, die aufgrund dieses Artikels eingehen, ist folgendes Verfahren anzuwenden:

- a) Ist ein Vertragsstaat dieses Protokolls der Auffassung, dass ein anderer Vertragsstaat seinen Verpflichtungen aus dem Pakt nicht nachkommt, so kann er den anderen Staat durch eine schriftliche Mitteilung darauf hinweisen. Der Vertragsstaat kann außerdem den Ausschuss über die Sache unterrichten. Innerhalb von drei Monaten nach Eingang der Mitteilung hat der Empfangsstaat dem Staat, der die Mitteilung übersandt hat, in Bezug auf die Sache eine schriftliche Erklärung oder sonstige Stellungnahme zukommen zu lassen, die, soweit es möglich und angebracht ist, einen Hinweis auf die in der Sache durchgeführten, anhängigen oder zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Verfahren und Rechtsbehelfe enthalten soll;
- b) wird die Sache nicht innerhalb von sechs Monaten nach Eingang der einleitenden Mitteilung bei dem Empfangsstaat zur Zufriedenheit der beiden beteiligten Vertragsstaaten geregelt, so hat jeder der beiden Staaten das Recht, die Sache dem Ausschuss zu unterbreiten, indem er diesem und dem anderen Staat eine entsprechende Mitteilung macht;

- (c) The Committee shall deal with a matter referred to it only after it has ascertained that all available domestic remedies have been invoked and exhausted in the matter. This shall not be the rule where the application of the remedies is unreasonably prolonged;
- (d) Subject to the provisions of subparagraph (c) of the present paragraph the Committee shall make available its good offices to the States Parties concerned with a view to a friendly solution of the matter on the basis of the respect for the obligations set forth in the Covenant;
- (e) The Committee shall hold closed meetings when examining communications under the present article;
- (f) In any matter referred to it in accordance with subparagraph (b) of the present paragraph, the Committee may call upon the States Parties concerned, referred to in subparagraph (b), to supply any relevant information;
- (g) The States Parties concerned, referred to in subparagraph (b) of the present paragraph, shall have the right to be represented when the matter is being considered by the Committee and to make submissions orally and/or in writing;
- (h) The Committee shall, with all due expediency after the date of receipt of notice under subparagraph (b) of the present paragraph, submit a report, as follows:
- (i) If a solution within the terms of subparagraph (d) of the present paragraph is reached, the Committee shall confine its report to a brief statement of the facts and of the solution reached;
- (ii) If a solution within the terms of subparagraph (d) is not reached, the Committee shall, in its report, set forth the relevant facts concerning the issue between the States Parties concerned. The written submissions and record of the oral submissions made by the States Parties concerned shall be attached to the report. The Committee may also communicate only to the States Parties concerned any views that it may consider relevant to the issue between them.
- (c) Le Comité ne peut connaître d'une affaire qui lui est soumise qu'après s'être assuré que tous les recours internes disponibles ont été exercés et épuisés. Cette règle ne s'applique pas dans les cas où, de l'avis du Comité, la procédure de recours excède des délais raisonnables;
- (d) Sous réserve des dispositions de l'alinéa c) du présent paragraphe, le Comité met ses bons offices à la disposition des États Parties intéressés en vue de parvenir à un règlement amiable de la question fondé sur le respect des obligations énoncées dans le Pacte;
- (e) Le Comité tient ses séances à huis clos lorsqu'il examine les communications prévues dans le présent article;
- (f) Dans toute affaire qui lui est soumise conformément à l'alinéa b) du présent paragraphe, le Comité peut demander aux États Parties intéressés visés à l'alinéa b) de lui fournir tout renseignement pertinent;
- (g) Les États Parties intéressés visés à l'alinéa b) du présent paragraphe ont le droit de se faire représenter lors de l'examen de l'affaire par le Comité et de présenter des observations oralement ou par écrit, ou sous l'une et l'autre forme;
- (h) Le Comité doit, avec la célérité voulue à compter du jour où il a reçu la notification visée à l'alinéa b) du présent paragraphe, présenter un rapport comme suit:
- (i) Si une solution a pu être trouvée conformément aux dispositions de l'alinéa d) du présent paragraphe, le Comité se borne, dans son rapport, à un bref exposé des faits et de la solution intervenue;
- (ii) Si une solution n'a pu être trouvée conformément aux dispositions de l'alinéa d) du présent paragraphe, le Comité expose, dans son rapport, les faits pertinents concernant l'objet du différend entre les États Parties intéressés. Le texte des observations écrites et le procès-verbal des observations orales présentées par les États Parties intéressés sont joints au rapport. Le Comité peut également communiquer aux seuls États Parties intéressés toutes vues qu'il peut considérer pertinentes en la matière.
- (c) der Ausschuss befasst sich mit einer ihm unterbreiteten Sache erst dann, wenn er sich Gewissheit verschafft hat, dass alle in der Sache zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsbehelfe eingelegt und erschöpft worden sind. Dies gilt nicht, wenn das Verfahren bei der Anwendung der Rechtsbehelfe unangemessen lange dauert;
- (d) sofern die Voraussetzungen des Buchstabens c erfüllt sind, stellt der Ausschuss den beteiligten Vertragsstaaten seine guten Dienste zur Verfügung, um eine gütliche Regelung der Sache auf der Grundlage der Achtung der im Pakt niedergelegten Verpflichtungen herbeizuführen;
- (e) der Ausschuss berät über Mitteilungen aufgrund dieses Artikels in nichtöffentlicher Sitzung;
- (f) der Ausschuss kann in jeder ihm nach Buchstabe b unterbreiteten Sache die unter Buchstabe b genannten beteiligten Vertragsstaaten auffordern, alle erheblichen Angaben beizubringen;
- (g) die unter Buchstabe b genannten beteiligten Vertragsstaaten haben das Recht, sich vertreten zu lassen sowie mündlich und/oder schriftlich Stellung zu nehmen, wenn die Sache vom Ausschuss verhandelt wird;
- (h) der Ausschuss legt mit der gebotenen Eile nach Eingang der unter Buchstabe b vorgesehenen Mitteilung einen Bericht vor wie folgt:
- (i) Wenn eine Regelung im Sinne des Buchstabens d zustande gekommen ist, beschränkt der Ausschuss seinen Bericht auf eine kurze Darstellung des Sachverhalts und der erzielten Regelung;
- (ii) wenn eine Regelung im Sinne des Buchstabens d nicht zustande gekommen ist, legt der Ausschuss in seinem Bericht den einschlägigen Sachverhalt in Bezug auf die Streitigkeit zwischen den beteiligten Vertragsstaaten dar. Die schriftlichen Stellungnahmen und das Protokoll über die mündlichen Stellungnahmen der beteiligten Vertragsstaaten sind dem Bericht beizufügen. Der Ausschuss kann überdies ausschließlich den beteiligten Vertragsstaaten alle Auffassungen übermitteln, die er für die Streitigkeit zwischen ihnen für erheblich hält.

In every matter, the report shall be communicated to the States Parties concerned.

Pour chaque affaire, le rapport est communiqué aux États Parties intéressés.

In jedem Falle wird der Bericht den beteiligten Vertragsstaaten übermittelt.

2. A declaration under paragraph 1 of the present article shall be deposited by the States Parties with the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit copies thereof to the other States Parties. A declaration may be withdrawn at any time by notification to the Secretary-General.

2. Les États Parties déposent la déclaration qu'ils auront faite conformément au paragraphe 1 du présent article auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en communique copie aux autres États Parties. Une déclaration peut être retirée à tout moment au moyen

(2) Eine Erklärung nach Absatz 1 wird von den Vertragsstaaten beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt den anderen Vertragsstaaten Abschriften davon. Eine Erklärung kann jederzeit durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückge-

Such a withdrawal shall not prejudice the consideration of any matter that is the subject of a communication already transmitted under the present article; no further communication by any State Party shall be received under the present article after the notification of withdrawal of the declaration has been received by the Secretary-General, unless the State Party concerned has made a new declaration.

d'une notification adressée au Secrétaire général. Ce retrait est sans préjudice de l'examen de toute question qui fait l'objet d'une communication déjà transmise en vertu du présent article; aucune autre communication d'un État Partie ne sera revue en vertu du présent article après que le Secrétaire général aura reçu notification du retrait de la déclaration, à moins que l'État Partie intéressé n'ait fait une nouvelle déclaration.

nommen werden. Eine solche Rücknahme berührt nicht die Prüfung einer Sache, die Gegenstand einer nach diesem Artikel bereits übermittelten Mitteilung ist; nach Eingang der Notifikation über die Rücknahme der Erklärung beim Generalsekretär wird keine weitere Mitteilung eines Vertragsstaats entgegengenommen, es sei denn, dass der betroffene Vertragsstaat eine neue Erklärung abgegeben hat.

Article 11

Inquiry procedure

1. A State Party to the present Protocol may at any time declare that it recognizes the competence of the Committee provided for under the present article.

2. If the Committee receives reliable information indicating grave or systematic violations by a State Party of any of the economic, social and cultural rights set forth in the Covenant, the Committee shall invite that State Party to cooperate in the examination of the information and to this end to submit observations with regard to the information concerned.

3. Taking into account any observations that may have been submitted by the State Party concerned as well as any other reliable information available to it, the Committee may designate one or more of its members to conduct an inquiry and to report urgently to the Committee. Where warranted and with the consent of the State Party, the inquiry may include a visit to its territory.

4. Such an inquiry shall be conducted confidentially and the cooperation of the State Party shall be sought at all stages of the proceedings.

5. After examining the findings of such an inquiry, the Committee shall transmit these findings to the State Party concerned together with any comments and recommendations.

6. The State Party concerned shall, within six months of receiving the findings, comments and recommendations transmitted by the Committee, submit its observations to the Committee.

7. After such proceedings have been completed with regard to an inquiry made in accordance with paragraph 2 of the present article, the Committee may, after consultations with the State Party concerned, decide to include a summary account of the results of the proceedings in its annual report provided for in article 15 of the present Protocol.

8. Any State Party having made a declaration in accordance with paragraph 1 of the present article may, at any time, withdraw this declaration by notification to the Secretary-General.

Article 11

Procédure d'enquête

1. Un État Partie au présent Protocole peut déclarer à tout moment qu'il reconnaît la compétence du Comité aux fins du présent article.

2. Si le Comité reçoit des renseignements crédibles indiquant qu'un État Partie porte gravement ou systématiquement atteinte à l'un des droits économiques, sociaux et culturels énoncés dans le Pacte, il invite cet État Partie à coopérer avec lui aux fins de l'examen des informations ainsi portées à son attention et à présenter ses observations à leur sujet.

3. Se fondant sur les observations éventuellement formulées par l'État Partie intéressé, ainsi que sur tout autre renseignement crédible dont il dispose, le Comité peut charger un ou plusieurs de ses membres d'effectuer une enquête et de lui rendre compte d'urgence de ses résultats. Cette enquête peut, lorsque cela se justifie et avec l'accord de l'État Partie, comporter une visite sur le territoire de cet État.

4. L'enquête se déroule dans la confidentialité et la coopération de l'État Partie est sollicitée à tous les stades de la procédure.

5. Après avoir étudié les résultats de l'enquête, le Comité les communique à l'État Partie intéressé, accompagnés, le cas échéant, d'observations et de recommandations.

6. Après avoir été informé des résultats de l'enquête et des observations et recommandations du Comité, l'État Partie présente ses observations à celui-ci dans un délai de six mois.

7. Une fois achevée la procédure d'enquête entreprise en vertu du paragraphe 2 du présent article, le Comité peut, après consultations avec l'État Partie intéressé, décider de faire figurer un compte rendu succinct des résultats de la procédure dans son rapport annuel prévu à l'article 15 du présent Protocole.

8. Tout État Partie ayant fait la déclaration prévue au paragraphe 1 du présent article peut, à tout moment, retirer cette déclaration par voie de notification adressée au Secrétaire général.

Artikel 11

Untersuchungsverfahren

(1) Ein Vertragsstaat dieses Protokolls kann jederzeit erklären, dass er die in diesem Artikel vorgesehene Zuständigkeit des Ausschusses anerkennt.

(2) Erhält der Ausschuss glaubhafte Angaben, die auf schwerwiegende oder systematische Verletzungen eines der im Pakt niedergelegten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte durch einen Vertragsstaat hinweisen, so fordert der Ausschuss diesen Vertragsstaat auf, bei der Prüfung dieser Angaben mitzuwirken und zu diesem Zweck zu den Angaben Stellung zu nehmen.

(3) Der Ausschuss kann unter Berücksichtigung der von dem betreffenden Vertragsstaat abgegebenen Stellungnahmen sowie aller sonstigen ihm zur Verfügung stehenden glaubhaften Angaben eines oder mehrerer seiner Mitglieder beauftragen, eine Untersuchung durchzuführen und ihm sofort zu berichten. Sofern geboten, kann die Untersuchung mit Zustimmung des Vertragsstaats einen Besuch in seinem Hoheitsgebiet einschließen.

(4) Eine solche Untersuchung ist vertraulich durchzuführen; die Mitwirkung des Vertragsstaats ist auf allen Verfahrensstufen anzustreben.

(5) Nachdem der Ausschuss die Ergebnisse einer solchen Untersuchung geprüft hat, übermittelt er sie zusammen mit etwaigen Bemerkungen und Empfehlungen dem betreffenden Vertragsstaat.

(6) Der Vertragsstaat unterbreitet innerhalb von sechs Monaten nach Eingang der vom Ausschuss übermittelten Ergebnisse, Bemerkungen und Empfehlungen dem Ausschuss seine Stellungnahmen.

(7) Nachdem das Verfahren hinsichtlich einer nach Absatz 2 durchgeführten Untersuchung abgeschlossen ist, kann der Ausschuss nach Konsultation des betreffenden Vertragsstaats beschließen, eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Verfahrens in seinen in Artikel 15 vorgesehenen Jahresbericht aufzunehmen.

(8) Jeder Vertragsstaat, der eine Erklärung nach Absatz 1 abgegeben hat, kann diese Erklärung jederzeit durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurücknehmen.

Article 12**Follow-up
to the inquiry procedure**

1. The Committee may invite the State Party concerned to include in its report under articles 16 and 17 of the Covenant details of any measures taken in response to an inquiry conducted under article 11 of the present Protocol.

2. The Committee may, if necessary, after the end of the period of six months referred to in article 11, paragraph 6, invite the State Party concerned to inform it of the measures taken in response to such an inquiry.

Article 13**Protection measures**

A State Party shall take all appropriate measures to ensure that individuals under its jurisdiction are not subjected to any form of ill-treatment or intimidation as a consequence of communicating with the Committee pursuant to the present Protocol.

Article 14**International
assistance and cooperation**

1. The Committee shall transmit, as it may consider appropriate, and with the consent of the State Party concerned, to United Nations specialized agencies, funds and programmes and other competent bodies, its views or recommendations concerning communications and inquiries that indicate a need for technical advice or assistance, along with the State Party's observations and suggestions, if any, on these views or recommendations.

2. The Committee may also bring to the attention of such bodies, with the consent of the State Party concerned, any matter arising out of communications considered under the present Protocol which may assist them in deciding, each within its field of competence, on the advisability of international measures likely to contribute to assisting States Parties in achieving progress in implementation of the rights recognized in the Covenant.

3. A trust fund shall be established in accordance with the relevant procedures of the General Assembly, to be administered in accordance with the financial regulations and rules of the United Nations, with a view to providing expert and technical assistance to States Parties, with the consent of the State Party concerned, for the enhanced implementation of the rights contained in the Covenant, thus contributing to building national capacities in the area of economic, social and cultural rights in the context of the present Protocol.

Article 12**Suivi
de la procédure d'enquête**

1. Le Comité peut inviter l'État Partie intéressé à inclure dans le rapport qu'il doit présenter conformément aux articles 16 et 17 du Pacte, des indications détaillées sur les mesures qu'il a prises à la suite d'une enquête effectuée en vertu de l'article 11 du présent Protocole.

2. Au terme du délai de six mois visé au paragraphe 6 de l'article 11, le Comité peut, au besoin, inviter l'État Partie intéressé à l'informer des mesures prises à la suite d'une telle enquête.

Article 13**Mesures de protection**

L'État Partie prend toutes les mesures nécessaires pour veiller à ce que les personnes relevant de sa juridiction ne fassent l'objet d'aucune forme de mauvais traitements ou d'intimidation du fait qu'elles adressent au Comité des communications au titre du présent Protocole.

Article 14**Assistance
et coopération internationales**

1. Le Comité transmet, s'il le juge nécessaire, et avec le consentement de l'État Partie intéressé, aux institutions spécialisées, fonds et programmes des Nations Unies et aux autres organismes compétents, ses observations ou recommandations concernant des communications et demandes indiquant un besoin de conseils ou d'assistance techniques, accompagnés, le cas échéant, des commentaires et suggestions de l'État Partie sur ces observations ou recommandations.

2. Le Comité peut aussi porter à l'attention de ces entités, avec le consentement de l'État Partie intéressé, toute question que soulèvent les communications examinées en vertu du présent Protocole qui peut les aider à se prononcer, chacun dans sa propre sphère de compétence, sur l'opportunité de mesures internationales propres à aider l'État Partie à progresser sur la voie de la mise en œuvre des droits reconnus dans le Pacte.

3. Il sera établi, conformément aux procédures pertinentes de l'Assemblée générale, un fonds d'affectation spéciale, qui sera administré conformément au Règlement financier et aux règles de gestion financière de l'Organisation des Nations Unies, destiné à fournir aux États Parties une assistance spécialisée et technique, avec le consentement de l'État Partie intéressé, en vue d'une meilleure application des droits reconnus dans le Pacte, de manière à contribuer au renforcement des capacités nationales dans le domaine des droits économiques, sociaux et culturels dans le contexte du présent Protocole.

Artikel 12**Folgemaßnahmen angesichts
des Untersuchungsverfahrens**

(1) Der Ausschuss kann den betreffenden Vertragsstaat auffordern, in seinen Bericht nach den Artikeln 16 und 17 des Paktes Einzelheiten über Maßnahmen aufzunehmen, die als Reaktion auf eine nach Artikel 11 dieses Protokolls durchgeführte Untersuchung getroffen wurden.

(2) Sofern erforderlich, kann der Ausschuss nach Ablauf des in Artikel 11 Absatz 6 genannten Zeitraums von sechs Monaten den betreffenden Vertragsstaat auffordern, ihn über die Maßnahmen zu unterrichten, die als Reaktion auf eine solche Untersuchung getroffen wurden.

Artikel 13**Schutzmaßnahmen**

Ein Vertragsstaat trifft alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass seiner Hoheitsgewalt unterstehende Personen nicht infolge einer aufgrund dieses Protokolls an den Ausschuss gerichteten Mitteilung einer Misshandlung oder Einschüchterung ausgesetzt werden.

Artikel 14**Internationale Hilfe
und Zusammenarbeit**

(1) Der Ausschuss übermittelt, wenn er dies für angebracht hält, mit Zustimmung des betreffenden Vertragsstaats den Sonderorganisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen und anderen zuständigen Stellen seine Auffassungen oder Empfehlungen zu Mitteilungen und Untersuchungen, die einen Bedarf an fachlicher Beratung oder Unterstützung erkennen lassen, und fügt etwaige Stellungnahmen und Vorschläge des Vertragsstaats zu den Auffassungen oder Empfehlungen bei.

(2) Der Ausschuss kann diesen Stellen außerdem mit Zustimmung des betreffenden Vertragsstaats alles aus den nach diesem Protokoll geprüften Mitteilungen zur Kenntnis bringen, was ihnen helfen kann, in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich über die Zweckmäßigkeit internationaler Maßnahmen zu entscheiden, die den Vertragsstaaten dabei behilflich sein können, Fortschritte bei der Verwirklichung der im Pakt anerkannten Rechte zu erzielen.

(3) In Übereinstimmung mit den einschlägigen Verfahren der Generalversammlung wird ein nach der Finanzordnung und den Finanzvorschriften der Vereinten Nationen zu verwaltender Treuhandfonds eingerichtet, um den Vertragsstaaten mit Zustimmung des betreffenden Vertragsstaats fachbezogene und technische Hilfe zur besseren Verwirklichung der im Pakt verankerten Rechte zu leisten und so zur Stärkung der einzelstaatlichen Fähigkeiten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte im Zusammenhang mit diesem Protokoll beizutragen.

4. The provisions of the present article are without prejudice to the obligations of each State Party to fulfil its obligations under the Covenant.

Article 15

Annual report

The Committee shall include in its annual report a summary of its activities under the present Protocol.

Article 16

Dissemination and information

Each State Party undertakes to make widely known and to disseminate the Covenant and the present Protocol and to facilitate access to information about the views and recommendations of the Committee, in particular, on matters involving that State Party, and to do so in accessible formats for persons with disabilities.

Article 17

Signature, ratification and accession

1. The present Protocol is open for signature by any State that has signed, ratified or acceded to the Covenant.

2. The present Protocol is subject to ratification by any State that has ratified or acceded to the Covenant. Instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

3. The present Protocol shall be open to accession by any State that has ratified or acceded to the Covenant.

4. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Secretary-General of the United Nations.

Article 18

Entry into force

1. The present Protocol shall enter into force three months after the date of the deposit with the Secretary-General of the United Nations of the tenth instrument of ratification or accession.

2. For each State ratifying or acceding to the present Protocol, after the deposit of the tenth instrument of ratification or accession, the Protocol shall enter into force three months after the date of the deposit of its instrument of ratification or accession.

Article 19

Amendments

1. Any State Party may propose an amendment to the present Protocol and submit it to the Secretary-General of the United Nations. The Secretary-General shall communicate any proposed amendments to States Parties, with a request to be noti-

4. Les dispositions du présent article ne préjugent pas de l'obligation de chaque État Partie de s'acquitter des engagements contractés en vertu du Pacte.

Article 15

Rapport annuel

Dans son rapport annuel, le Comité inclut un récapitulatif de ses activités au titre du présent Protocole.

Article 16

Diffusion et information

Tout État Partie s'engage à faire largement connaître et à diffuser le Pacte et le présent Protocole, ainsi qu'à faciliter l'accès aux informations sur les constatations et recommandations du Comité, en particulier pour les affaires concernant cet État Partie, et de le faire selon des modalités accessibles aux personnes handicapées.

Article 17

Signature, ratification et adhésion

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature de tous les États qui ont signé ou ratifié le Pacte, ou qui y ont adhéré.

2. Le présent Protocole est soumis à la ratification de tout État qui a ratifié le Pacte ou qui y a adhéré. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

3. Le présent Protocole sera ouvert à l'adhésion de tout État qui a ratifié le Pacte ou qui y a adhéré.

4. L'adhésion se fera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 18

Entrée en vigueur

1. Le présent Protocole entrera en vigueur trois mois après la date de dépôt auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies du dixième instrument de ratification ou d'adhésion.

2. Pour chaque État qui ratifiera le présent Protocole, après le dépôt du dixième instrument de ratification ou d'adhésion, le Protocole entrera en vigueur trois mois après la date du dépôt par cet État de son instrument de ratification ou d'adhésion.

Article 19

Amendements

1. Tout État Partie peut proposer un amendement au présent Protocole et le soumettre au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Le Secrétaire général communique les propositions d'amendement aux États Parties, en leur

(4) Dieser Artikel berührt nicht die Pflicht jedes Vertragsstaats, seinen Verpflichtungen aus dem Pakt nachzukommen.

Artikel 15

Jahresbericht

Der Ausschuss nimmt in seinen Jahresbericht eine Zusammenfassung seiner Tätigkeit nach diesem Protokoll auf.

Artikel 16

Verbreitung und Informationen

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, den Pakt und dieses Protokoll weithin bekannt zu machen und zu verbreiten und den Zugang zu Informationen über die Auffassungen und Empfehlungen des Ausschusses, insbesondere in diesen Vertragsstaat betreffenden Sachen, zu erleichtern und dies in für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Formaten zu tun.

Artikel 17

Unterzeichnung, Ratifikation und Beitritt

(1) Dieses Protokoll liegt für jeden Staat, der den Pakt unterzeichnet oder ratifiziert hat oder ihm beigetreten ist, zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, die von allen Staaten vorgenommen werden kann, die den Pakt ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

(3) Dieses Protokoll steht jedem Staat, der den Pakt ratifiziert hat oder ihm beigetreten ist, zum Beitritt offen.

(4) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 18

Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt drei Monate nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde dieses Protokoll ratifiziert oder ihm beitrifft, tritt es drei Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 19

Änderungen

(1) Jeder Vertragsstaat kann eine Änderung dieses Protokolls vorschlagen und beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen. Der Generalsekretär übermittelt alle Änderungsvorschläge den Vertragsstaaten mit der Aufforderung, ihm

fied whether they favour a meeting of States Parties for the purpose of considering and deciding upon the proposals. In the event that, within four months from the date of such communication, at least one third of the States Parties favour such a meeting, the Secretary-General shall convene the meeting under the auspices of the United Nations. Any amendment adopted by a majority of two thirds of the States Parties present and voting shall be submitted by the Secretary-General to the General Assembly for approval and thereafter to all States Parties for acceptance.

2. An amendment adopted and approved in accordance with paragraph 1 of the present article shall enter into force on the thirtieth day after the number of instruments of acceptance deposited reaches two thirds of the number of States Parties at the date of adoption of the amendment. Thereafter, the amendment shall enter into force for any State Party on the thirtieth day following the deposit of its own instrument of acceptance. An amendment shall be binding only on those States Parties which have accepted it.

Article 20 **Denunciation**

1. Any State Party may denounce the present Protocol at any time by written notification addressed to the Secretary-General of the United Nations. Denunciation shall take effect six months after the date of receipt of the notification by the Secretary-General.

2. Denunciation shall be without prejudice to the continued application of the provisions of the present Protocol to any communication submitted under articles 2 and 10 or to any procedure initiated under article 11 before the effective date of denunciation.

Article 21 **Notification** **by the Secretary-General**

The Secretary-General of the United Nations shall notify all States referred to in article 26, paragraph 1, of the Covenant of the following particulars:

- (a) Signatures, ratifications and accessions under the present Protocol;
- (b) The date of entry into force of the present Protocol and of any amendment under article 19;
- (c) Any denunciation under article 20.

Article 22 **Official languages**

1. The present Protocol, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic,

demandant de lui faire savoir s'ils sont favorables à la convocation d'une réunion des États Parties en vue d'examiner ces propositions et de se prononcer sur elles. Si, dans les quatre mois qui suivent la date de cette communication, un tiers au moins des États Parties se prononcent en faveur de la convocation d'une telle réunion, le Secrétaire général convoque la réunion sous les auspices de l'Organisation des Nations Unies. Tout amendement adopté par une majorité des deux tiers des États Parties présents et votants est soumis pour approbation à l'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies, puis pour acceptation à tous les États Parties.

2. Tout amendement adopté et approuvé conformément au paragraphe 1 du présent article entre en vigueur le trentième jour suivant la date à laquelle le nombre d'instruments d'acceptation atteint les deux tiers du nombre des États Parties à la date de son adoption. Par la suite, l'amendement entre en vigueur pour chaque État Partie le trentième jour suivant le dépôt par cet État de son instrument d'acceptation. L'amendement ne lie que les États Parties qui l'ont accepté.

Article 20 **Dénonciation**

1. Tout État Partie peut dénoncer le présent Protocole à tout moment en adressant une notification écrite au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. La dénonciation prend effet six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire général.

2. Les dispositions du présent Protocole continuent de s'appliquer à toute communication présentée conformément aux articles 2 et 10 ou à toute procédure engagée conformément à l'article 11 avant la date où la dénonciation prend effet.

Article 21 **Notification** **par le Secrétaire général**

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies notifiera à tous les États visés au paragraphe 1 de l'article 26 du Pacte:

- a) Les signatures, ratifications et adhésions;
- b) La date d'entrée en vigueur du présent Protocole et de tout amendement adopté au titre de l'article 19;
- c) Toute dénonciation au titre de l'article 20.

Article 22 **Langues officielles**

1. Le présent Protocole, dont les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé

mitzuteilen, ob sie ein Treffen der Vertragsstaaten zur Beratung und Entscheidung über die Vorschläge befürworten. Befürwortet innerhalb von vier Monaten nach dem Datum der Übermittlung wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten ein solches Treffen, so beruft der Generalsekretär das Treffen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein. Jede Änderung, die von einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten angenommen wird, ist vom Generalsekretär der Generalversammlung zur Genehmigung und danach allen Vertragsstaaten zur Annahme vorzulegen.

(2) Eine nach Absatz 1 beschlossene und genehmigte Änderung tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Anzahl der hinterlegten Annahmeprotokolle zwei Drittel der Anzahl der Vertragsstaaten zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderung erreicht. Danach tritt die Änderung für jeden Vertragsstaat am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner eigenen Annahmeprotokolle in Kraft. Eine Änderung ist nur für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich.

Artikel 20 **Kündigung**

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Protokoll jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(2) Die Kündigung berührt nicht die weitere Anwendung dieses Protokolls auf Mitteilungen nach den Artikeln 2 und 10 oder Verfahren nach Artikel 11, die vor dem Wirksamwerden der Kündigung eingegangen oder begonnen worden sind.

Artikel 21 **Unterrichtung** **durch den Generalsekretär**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert allen in Artikel 26 Absatz 1 des Paktes bezeichneten Staaten

- a) die Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritte nach diesem Protokoll;
- b) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls und jeder Änderung nach Artikel 19;
- c) jede Kündigung nach Artikel 20.

Artikel 22 **Amtssprachen**

(1) Dieses Protokoll, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleicher-

shall be deposited in the archives of the United Nations.

2. The Secretary-General of the United Nations shall transmit certified copies of the present Protocol to all States referred to in article 26 of the Covenant.

aux archives de l'Organisation des Nations Unies.

2. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies transmettra une copie certifiée conforme du présent Protocole à tous les États visés à l'article 26 du Pacte.

maßen verbindlich ist, wird im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt allen in Artikel 26 des Paktes bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften dieses Protokolls.

Denkschrift

A. Allgemeines

I. Entstehungsgeschichte

Das Fakultativprotokoll ergänzt den Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (BGBl. 1973 II S. 1569, 1570). Die Generalversammlung der Vereinten Nationen nahm am 10. Dezember 2008 das Fakultativprotokoll mit Resolution A/RES/63/117 an. Ab dem 24. September 2009 lag das Fakultativprotokoll zur Unterzeichnung auf. Es trat gemäß Artikel 18 Absatz 1 am 5. Mai 2013 in Kraft.

Dem vorausgegangen war ein Ausarbeitungsprozess im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen sowie dessen Vorgängerorgan, der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. Von 2004 bis 2008 verfasste eine Arbeitsgruppe von Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in fünf Sitzungen den Entwurf des Fakultativprotokolls. Während noch zu Beginn des Prozesses die Frage aufgeworfen wurde, inwieweit die Rechte des Paktes individuelle Ansprüche begründen können und ihre Einhaltung überprüfbar ist, bejahte die Arbeitsgruppe dies am Ende des Prozesses mit dem vorliegenden Fakultativprotokoll. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte können demnach im Wege einer Mitteilung an den Ausschuss geltend gemacht werden. Gleichzeitig haben die Vertragsstaaten in den Grenzen der Vorgaben des Paktes die Möglichkeit, unter Berücksichtigung der Auffassungen und Empfehlungen des Ausschusses zwischen verschiedenen Maßnahmen zu wählen und diese an ihren jeweiligen Stand der Entwicklung anzupassen. Die Bundesrepublik Deutschland war bei den Sitzungen der Arbeitsgruppe vertreten und arbeitete aktiv an der Ausgestaltung des Fakultativprotokolls mit. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe nahm der Menschenrechtsrat mit Resolution A/HRC/RES/8/2 vom 18. Juni 2008 an. Der Menschenrechtsrat übermittelte das Fakultativprotokoll an die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Empfehlung, es anzunehmen. Dies geschah mit oben genannter Resolution A/RES/63/117.

II. Würdigung des Fakultativprotokolls

Das Fakultativprotokoll ist ein eigenständiger völkerrechtlicher Vertrag. Es enthält keine materiell-rechtlichen Regelungen im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, sondern befasst sich allein mit den Beschwerdeverfahren zur Überprüfung deren Einhaltung.

Das Fakultativprotokoll erweitert die Kompetenzen des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen um mehrere Kontrollmechanismen. Es ermöglicht Einzelpersonen oder Personengruppen, nach Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs dem Ausschuss eine Mitteilung einzureichen. Neben diesem Beschwerdeverfahren von Einzelpersonen oder Personengruppen sieht das Fakultativprotokoll zwei weitere Mechanismen vor: Das Staatenbeschwerdeverfahren in Artikel 10 sowie das Untersuchungsverfahren in Artikel 11. Diese fänden jedoch nur Anwendung, wenn die Bundesrepublik Deutschland eine entsprechende Erklärung gegenüber den Vereinten Nationen abgeben

würde (opt-in Regelung). Dies gilt nicht für das Beschwerdeverfahren von Einzelpersonen oder Personengruppen. Am Ende der Verfahren hat der Ausschuss die Möglichkeit, Auffassungen anzunehmen und darin Empfehlungen auszusprechen. Die Empfehlungen verpflichten die Bundesrepublik Deutschland nicht völkerrechtlich. Sie können zudem keine innerstaatlichen Rechtsakte aufheben oder zu diesen verpflichten. Ihnen kommt jedoch hohe menschenrechtspolitische Autorität zu.

Die Empfehlungen des Ausschusses können sich daher auf das deutsche Rechtssystem und die Rechtspraxis auswirken. Die Bundesregierung wird entsprechend ihrer bisherigen Praxis im Umgang mit den Empfehlungen von anderen Vertragsorganen der Menschenrechtsverträge der Vereinten Nationen die Empfehlungen sorgfältig unter der Beteiligung der zuständigen Stellen prüfen. Sie hat in der Vergangenheit Empfehlungen anderer Vertragsorgane umgesetzt und wird dies, wenn möglich, auch in Zukunft tun. Die Bundesregierung wird gegenüber dem Vertragsorgan ausführlich darlegen, wenn aus ihrer Sicht die Empfehlungen nicht sachgerecht oder praktikabel sind oder ihre Ziele durch andere Maßnahmen besser erreicht werden können und sie aus diesen Gründen nicht beabsichtigen sollte, die Empfehlungen umzusetzen.

Für den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte gab es bis 2008 kein Beschwerdeverfahren, wie dies bei anderen Menschenrechtsverträgen der Vereinten Nationen, die die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert hat, der Fall war. Damit blieb das internationale Kontrollinstrumentarium zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hinter den Standards zurück, zu denen sich die Bundesrepublik Deutschland bei den anderen Menschenrechtsverträgen der Vereinten Nationen bekannt hat. Das Fakultativprotokoll vollzog im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte eine Entwicklung nach, die es in den anderen Menschenrechtsverträgen bereits früher gab, und seine Ratifikation schließt eine Lücke.

Der Ausschuss hat bereits nach der Resolution 1985/17 des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen vom 28. Mai 1985 die Aufgabe, die Umsetzung des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu überwachen, was nach dem Pakt durch die Überprüfung der regelmäßigen Staatenberichte geschieht. Mit der vorgenannten Resolution übertrug der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen dem Ausschuss diese nach dem Pakt ihm selbst zukommende Aufgabe. Der Ausschuss verfügt über 18 unabhängige Expertinnen und Experten, die von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen gewählt werden. Sie unterliegen keiner Weisungsbefugnis und werden in persönlicher Eigenschaft gewählt und tätig.

Mit der von der Bundesregierung angestrebten Ratifikation setzt sie einen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag um. Indem sich die Bundesregierung diesem Überprüfungsmechanismus unterwirft, geht sie wie andere europäische Staaten mit gutem Beispiel voran. Die Bundesregierung betrachtet daher die angestrebte Ratifikation auch als ein Mittel, multilaterale Überprüfungsmechanismen hinsichtlich menschenrechtlicher Verpflichtungen zu stärken.

B. Besonderes

I. Vorbemerkung

Das Fakultativprotokoll besteht aus 22 Artikeln. Es sieht drei Kontrollmechanismen vor: a) Mitteilungen von Einzelpersonen oder Personengruppen (Individualbeschwerdeverfahren), b) optional zwischenstaatliche Mitteilungen (Staatenbeschwerdeverfahren) und c) optional das Untersuchungsverfahren.

II. Zu den einzelnen Artikeln des Fakultativprotokolls

Zu Artikel 1

Nach Absatz 1 erkennen die Vertragsstaaten des Paktes, die zugleich Vertragsparteien des Fakultativprotokolls sind, die Zuständigkeit des Ausschusses für die Entgegennahme und Prüfung der Mitteilungen im Sinne des Fakultativprotokolls an.

Absatz 2 normiert den Umkehrschluss aus Absatz 1 ausdrücklich, wonach eine Zuständigkeit des Ausschusses für die Entgegennahme und Prüfung der Mitteilungen im Sinne des Fakultativprotokolls nicht begründet ist, soweit ein Vertragsstaat des Paktes betroffen ist, der nicht zugleich Vertragspartei des Fakultativprotokolls ist.

Zu Artikel 2

Artikel 2 definiert zunächst die Reichweite der Befugnis, Mitteilungen im Rahmen des Individualbeschwerdeverfahrens dem Ausschuss einzureichen.

In sachlicher Hinsicht ist sie begrenzt auf Fälle, in denen eine Verletzung der im Pakt niedergelegten wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Rechte durch den betreffenden Vertragsstaat geltend gemacht wird.

In personeller und territorialer Hinsicht kann der Ausschuss nur über geltend gemachte Rechtsverletzungen befinden, die ein Vertragsstaat einer seiner Hoheitsgewalt unterstehenden Einzelperson oder Personengruppe zugefügt hat bzw. haben soll.

Darüber hinaus legt Artikel 2 den Personenkreis fest, der dem Ausschuss Mitteilungen einreichen kann. Dazu gehören Einzelpersonen wie auch Personengruppen, die geltend machen, Opfer einer Verletzung eines der im Pakt niedergelegten Rechte zu sein. Artikel 2 sieht zudem vor, dass eine Mitteilung auch im Namen einer anderen Person oder Personengruppe eingereicht werden kann. Dies setzt grundsätzlich die Zustimmung der vertretenen Person oder Personengruppe voraus. Eine Ausnahme davon ist möglich, wenn die Vertretungsperson rechtfertigen kann, dass sie ohne diese Zustimmung handelt. Hiermit sollen die Fälle abgedeckt werden, in denen es der in ihren Rechten verletzten Person zum Beispiel mangels Kontakts mit Außenstehenden oder aus Angst vor Repressalien oder konkreten Drohungen nicht möglich ist, die Zustimmung zu erteilen.

Zu Artikel 3

Artikel 3 bestimmt, in welchen Fällen eine Mitteilung zulässig ist.

Nach Absatz 1 ist eine Mitteilung nur zulässig, wenn alle zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft worden sind. Welche Rechtsbehelfe

ergriffen werden müssen, muss im Einzelfall nach den Vorschriften des jeweiligen nationalen Rechtssystems entschieden werden. Dabei sind alle administrativen und gerichtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die eine begründete Chance auf Abhilfe bieten. Für Fälle aus der Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies, dass der vorgesehene Rechtsweg je nach Einzelfall bis zur Verfassungsbeschwerde ausgeschöpft und erfolglos geblieben sein muss.

Eine Ausnahme davon gilt nur, wenn das Verfahren solcher Rechtsbehelfe unangemessen lange dauert oder, so die Praxis des Ausschusses, keine wirksame Abhilfe erwarten lässt. Eine unangemessen lange Dauer liegt nicht vor, wenn es einen Rechtsweg mit mehreren Instanzen gibt, der allein wegen der verschiedenen Instanzen insgesamt von einer längeren Dauer ist. Die Frage, wann eine unangemessen lange Verfahrensdauer anzunehmen ist, kann nicht abstrakt durch einen bestimmten Zeitrahmen festgelegt werden. Es kommt auf den jeweiligen Einzelfall an. Dabei dürften die Kriterien nach § 198 Absatz 1 Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes auch bei der Auslegung von Artikel 3 Absatz 1 Satz 2 zu berücksichtigen sein.

Artikel 3 Absatz 2 bestimmt, wann der Ausschuss eine Mitteilung für unzulässig erklärt.

Nach Absatz 2 Buchstabe a ist eine Mitteilung unzulässig, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach der Erschöpfung der innerstaatlichen Rechtsbehelfe eingereicht wird. Eine Ausnahme hiervon sieht Artikel 3 vor, wenn der Verfasser der Mitteilung nachweisen kann, dass eine Einreichung innerhalb der Frist nicht möglich war.

Nach Absatz 2 Buchstabe b ist eine Mitteilung unzulässig, wenn die Tatsachen, die der Mitteilung zugrunde liegen, vor dem Inkrafttreten des Fakultativprotokolls für die Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind und sie nicht nach Inkrafttreten weiterbestehen.

Nach Absatz 2 Buchstabe c ist eine Mitteilung unzulässig, wenn dieselbe Sache bereits vom Ausschuss untersucht worden ist oder in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft worden ist oder geprüft wird, d. h. dort eingegangen ist (Kumulationsverbot). Diese Regelung verhindert Überschneidungen mit Beschwerdeverfahren nach anderen Menschenrechtsübereinkommen. Der Begriff „international“ bezieht sich nicht nur auf gleichwertige Untersuchungs- und Streitbeilegungsverfahren der Vereinten Nationen, sondern auch auf Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Nach Absatz 2 Buchstabe d ist eine Mitteilung unzulässig, wenn sie mit den Bestimmungen des Paktes unvereinbar ist.

Nach Absatz 2 Buchstabe e ist eine Mitteilung unzulässig, wenn sie offensichtlich unbegründet ist oder nicht hinreichend begründet wird oder ausschließlich auf von Massenmedien verbreiteten Meldungen beruht.

Nach Absatz 2 Buchstabe f ist eine Mitteilung ferner unzulässig, wenn sie einen Missbrauch des Rechts auf Einreichung einer solchen Mitteilung darstellt.

Nach Absatz 2 Buchstabe g darf eine Mitteilung nicht anonym sowie nur in Schriftform eingereicht werden.

Zu Artikel 4

Artikel 4 gibt dem Ausschuss die Möglichkeit, eine Angemessenheitsprüfung einer Beschwerde durchzuführen. Die Einzelperson oder die Personengruppe muss geltend machen können, dass sie eine eindeutige Benachteiligung erlitten hat (sog. „victim status“). Sollte der Ausschuss dies nicht bejahen, so kann er eine Mitteilung ablehnen, auch wenn die sonstigen Zulässigkeitsvoraussetzungen gegeben sind. Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Ausschuss der Auffassung ist, dass die Mitteilung eine schwerwiegende Frage von allgemeiner Bedeutung aufwirft.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel eröffnet dem Ausschuss die Möglichkeit, in dringenden Angelegenheiten (das Fakultativprotokoll spricht von „außergewöhnlichen Umständen“) den betroffenen Staat zu vorläufigen Maßnahmen aufzufordern, um einen möglichen „nicht wiedergutzumachenden Schaden“ für Opfer der behaupteten Verletzung abzuwenden. Der Ausschuss wird im Rahmen seines Ermessens entscheiden, wann ein nicht wiedergutzumachender Schaden droht. Maßstab hierfür wird die Schwere und Irreversibilität der Folge für das oder die Opfer sein, die eine spätere Entscheidung des Ausschusses in der Sache selbst obsolet machen könnte.

Gemäß Absatz 2 folgt daraus nicht, dass wenn der Ausschuss von dieser Regelung Gebrauch macht, er bereits über die Zulässigkeit oder Begründetheit der Mitteilung entschieden hat.

Zu Artikel 6

Nach diesem Artikel übermittelt der Ausschuss eine Mitteilung, die er nicht für unzulässig erachtet, dem betroffenen Vertragsstaat vertraulich. Nach Erhalt der Mitteilung hat der Vertragsstaat dem Ausschuss innerhalb von sechs Monaten schriftliche Erklärungen oder Darlegungen zur Klärung der Sache zukommen zu lassen. Der Vertragsstaat kann sowohl zur Zulässigkeit als auch zur Begründetheit Stellung nehmen, und auch darauf eingehen, welche Abhilfemaßnahmen er getroffen hat.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt in Absatz 1 die Möglichkeit der gütlichen Einigung zwischen den Parteien eines Mitteilungsverfahrens. Der Ausschuss unterstützt die Parteien, um eine gütliche Einigung in der Sache zu erreichen. Die gütliche Einigung soll auf der Grundlage der Einhaltung der im Pakt niedergelegten Verpflichtungen herbeigeführt werden.

Absatz 2 stellt klar, dass der Ausschuss mit Zustandekommen einer gütlichen Einigung die Prüfung der Mitteilung nach dem Fakultativprotokoll einstellt.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel regelt das weitere Verfahren der Prüfung der nach Artikel 2 eingereichten Mitteilungen durch den Ausschuss.

Nach Absatz 1 prüft der Ausschuss die Mitteilung unter Berücksichtigung aller Unterlagen. Hierzu zählen auch die Erklärungen des betroffenen Vertragsstaates nach Artikel 6 Absatz 2 sowie auch andere Angaben der

Parteien und ihrer Vertreter. Der Ausschuss leitet diese Unterlagen nach seiner Verfahrensordnung auch der anderen Partei zu.

Die Beratung des Ausschusses über die Mitteilung erfolgt gemäß Absatz 2 in einer nichtöffentlichen Sitzung.

Absatz 3 berechtigt den Ausschuss, bei seiner Prüfung von Mitteilungen auf einschlägige Unterlagen anderer Organe, Sonderorganisationen, Fonds, Programme und Mechanismen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen, einschließlich regionaler Menschenrechtssysteme sowie auf Stellungnahmen oder Bemerkungen des betreffenden Vertragsstaates zurückzugreifen, die im Rahmen der Verfahren der genannten Organe und Organisationen formell abgegeben wurden. Damit wird der Ausschuss befähigt, die Ansichten regionaler Spruchkörper bei der Bewertung des in der Mitteilung genannten Sachverhalts zu berücksichtigen und so Widersprüche zwischen diesen Einschätzungen und der Entscheidung des Ausschusses zu verhindern. Eine Hierarchie zwischen unterschiedlichen Entscheidungsgremien wird damit nicht zum Ausdruck gebracht.

Bei der Prüfung der Mitteilungen nach diesem Protokoll untersucht der Ausschuss nach Absatz 4 die Angemessenheit der Maßnahmen, die der Vertragsstaat im Einklang mit Teil II des Paktes vornimmt. Er soll dabei berücksichtigen, dass der Vertragsstaat seine Pflichten aus dem Pakt durch verschiedene Maßnahmen erfüllen kann. Der Ausschuss hat jedoch das Recht zu prüfen, ob die von dem Vertragsstaat getroffene Maßnahme angemessen ist, um die Verpflichtungen aus dem Pakt zu erfüllen. Dafür gelten die folgenden Kriterien: Vertragsstaaten haben die Pflicht, die Rechte aus dem Pakt zu achten, zu schützen und die Umsetzung zu gewähren. Dabei sollen sie die Kernelemente der menschenrechtlichen Verpflichtungen berücksichtigen, wie sie der Ausschuss in seinen Allgemeinen Bemerkungen festhält. Dazu zählen in der Regel Verfügbarkeit, Erreichbarkeit, Erschwinglichkeit und Anpassungsfähigkeit der Maßnahmen an die jeweils vorliegenden sozialen Umstände und Lebensverhältnisse.

Zu Artikel 9

Nach Artikel 9 Absatz 1 übermittelt der Ausschuss nach einer abschließenden Prüfung der Mitteilung den betreffenden Parteien seine Auffassungen zusammen mit etwaigen Empfehlungen. Der Ausschuss kann zu der Auffassung gelangen, dass eine Verletzung eines Rechts aus dem Pakt vorliegt und kann dann dem Vertragsstaat Empfehlungen zur Abhilfe übermitteln. Hierbei kann es sich z. B. um Empfehlungen für Gesetzesänderungen, verbesserte Schulungen für ausführende Organe, vermehrte Öffentlichkeitsarbeit oder um Maßnahmen zur konkreten Abhilfe im Einzelfall handeln.

Die Empfehlungen des Ausschusses sind für den betroffenen Vertragsstaat rechtlich nicht verbindlich.

Nach Absatz 2 soll der Vertragsstaat die Auffassungen des Ausschusses zusammen mit etwaigen Empfehlungen gebührend in Erwägung ziehen und dem Ausschuss eine schriftliche Antwort zukommen lassen. In dieser Antwort soll er berichten, welche Maßnahmen er infolge der Empfehlungen des Ausschusses getroffen hat oder beabsichtigt zu treffen. Diese Antwort hat innerhalb von sechs Monaten zu erfolgen.

Absatz 3 sieht einen sogenannten „Follow-up-Mechanismus“ vor, der die Fortsetzung des Dialogs zwischen dem Vertragsstaat und dem Ausschuss ermöglicht. Danach kann der Ausschuss den Vertragsstaat auffordern, weitere Angaben vorzulegen über alle Maßnahmen, die der Vertragsstaat als Reaktion auf die Auffassungen oder etwaige Empfehlungen des Ausschusses getroffen hat.

Außerdem kann der Ausschuss den Vertragsstaat auffordern, in seinen Staatenberichten nach den Artikeln 16 und 17 des Paktes Angaben über die Umsetzung der Empfehlungen zu machen.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel eröffnet die Möglichkeit für zwischenstaatliche Mitteilungen, mit denen ein Vertragsstaat beim Ausschuss geltend machen kann, dass ein anderer Vertragsstaat seinen Verpflichtungen aus dem Pakt nicht nachkommt. Die Begründung der Zuständigkeit des Ausschusses für solche zwischenstaatlichen Mitteilungen in Bezug auf einen Vertragsstaat bedarf der ausdrücklichen Anerkennung durch diesen in Gestalt einer gesonderten Erklärung, die ein Vertragsstaat jederzeit optional abgeben und auch wieder zurücknehmen kann. Zudem muss der Vertragsstaat, der eine Mitteilung nach Artikel 10 einreichen möchte, ebenfalls eine entsprechende Erklärung abgeben haben. Absatz 1 enthält somit einen doppelten „opt-in“-Mechanismus, bevor dieses Verfahren zur Anwendung kommen kann.

Die Bundesregierung beabsichtigt, bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde keine Erklärung nach Artikel 10 Absatz 1 abzugeben.

Zu Artikel 11

Artikel 11 sieht für den Ausschuss die Möglichkeit vor, bei schwerwiegenden oder systematischen Verletzungen eines der im Pakt niedergelegten wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Rechte von sich aus ein Untersuchungsverfahren einzuleiten. Die Begründung der Zuständigkeit des Ausschusses für das Untersuchungsverfahren bedarf der ausdrücklichen Anerkennung in Gestalt einer gesonderten Erklärung, die ein Vertragsstaat jederzeit optional abgeben kann.

Die Bundesregierung beabsichtigt, bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde keine Erklärung nach Artikel 11 Absatz 1 abzugeben.

Zu Artikel 12

Artikel 12 gibt dem Ausschuss das Recht, die Ergebnisse aus dem Untersuchungsverfahren nach Artikel 11 des Fakultativprotokolls in Staatenberichtsverfahren nachzuhalten. Dazu kann er Vertragsstaaten auffordern, in ihren Berichten nach den Artikeln 16 und 17 des Paktes Einzelheiten über Maßnahmen aufzunehmen, die als Reaktion auf die Empfehlungen aus dem Untersuchungsverfahren getroffen wurden.

Zu Artikel 13

In Artikel 13 verpflichten sich die Vertragsstaaten dazu, ihrer Hoheitsgewalt unterstehende Personen, die sich an den Ausschuss gewandt haben, zu schützen. Dieser Schutz ist wichtig, um Menschen vor Einschüchterungen oder auch Verfolgung zu bewahren, wenn sie sich gegen

über einem internationalen Gremium öffentlich auf menschenrechtliche Verpflichtungen berufen. Daher sieht Artikel 13 vor, dass ein Vertragsstaat alle geeigneten Maßnahmen treffen muss, damit seiner Hoheitsgewalt unterstehende Personen nicht Misshandlungen oder Einschüchterungen ausgesetzt werden.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel dient dazu, internationale Hilfe und Zusammenarbeit zu fördern, um die Paktrechte in den Vertragsstaaten besser umzusetzen.

Artikel 14 gibt dem Ausschuss die Möglichkeit, Sonderorganisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen und andere zuständige Stellen zu informieren. Der Ausschuss kann gemäß Absatz 1, wenn er es für angebracht hält und der Vertragsstaat zugestimmt hat, diesen Stellen seine Auffassungen oder Empfehlungen zu Mitteilungen oder Untersuchungen zur Verfügung stellen, wenn sie einen Bedarf an fachlicher Beratung oder Unterstützung erkennen lassen sollten.

Mit Zustimmung des Vertragsstaats kann der Ausschuss nach Absatz 2 diesen Stellen alles aus den nach dem Fakultativprotokoll geprüften Mitteilungen zur Kenntnis bringen, um im Rahmen ihrer Zuständigkeiten darüber zu entscheiden, ob internationale Maßnahmen zweckmäßig zur Verwirklichung der im Pakt anerkannten Rechte sind.

Absatz 3 sieht vor, dass nach den einschlägigen Verfahren und Finanzordnungen der Vereinten Nationen ein Treuhandfonds eingerichtet wird, um Vertragsstaaten mit deren Zustimmung fachliche und technische Unterstützung zur besseren Umsetzung der im Pakt enthaltenen Rechte zu gewähren. Die Hauptverantwortung, die Rechte aus dem Pakt umzusetzen, verbleibt jedoch bei dem jeweiligen Vertragsstaat (Absatz 4).

Zu Artikel 15

Nach Artikel 15 hat der Ausschuss die Aufgabe, Zusammenfassungen seiner Tätigkeiten nach dem Fakultativprotokoll in seinen Jahresbericht aufzunehmen.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel ist jeder Vertragsstaat verpflichtet, das Fakultativprotokoll sowie den Pakt bekannt zu machen und zu verbreiten. Der Zugang zu Informationen über die Auffassungen und Empfehlungen des Ausschusses, insbesondere in diesen Vertragsstaat betreffenden Sachen, ist zu erleichtern und barrierefrei zu gewährleisten.

Zu Artikel 17

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über die Unterzeichnung und die Ratifikation des Fakultativprotokolls sowie den Beitritt zu ihm. Jedem Staat, der den Pakt ratifiziert hat oder ihm beigetreten ist, steht nach Absatz 3 das Fakultativprotokoll zum Beitritt offen. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen (Absatz 4).

Die Bundesregierung beabsichtigt den Beitritt zum Fakultativprotokoll gemäß Absatz 3. Nach Artikel 59 Absatz 2 Grundgesetz ist dem zwingend vorgelagert, dass der Deutsche Bundestag das vorliegende Vertragsgesetz beschließt. Erst auf der Grundlage des Vertragsgesetzes

kann die Bundesregierung die Beitrittsurkunde hinterlegen und so das Fakultativprotokoll ratifizieren.

Zu Artikel 18

Nach Artikel 18 Absatz 1 tritt das Fakultativprotokoll drei Monate nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft. Absatz 2 regelt, dass danach für jeden weiteren Vertragsstaat das Fakultativprotokoll drei Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft tritt.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel enthält Bestimmungen darüber, wie das Fakultativprotokoll geändert werden kann. Jeder Vertragsstaat kann Änderungen vorschlagen. Sollte sich gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten für eine Beratung aussprechen, so wird durch ihn unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein Treffen einberufen. Änderungen müssen mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten angenommen werden und sodann vom Generalsekretär der Generalversammlung zur Genehmigung und danach allen Vertragsstaaten zur Annahme vorgelegt werden. Damit sie in Kraft treten, müssen zudem nach Absatz 2 zwei Drittel der Vertragsstaaten die Änderung annehmen. Danach tritt die Änderung für jeden Vertragsstaat am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner eigenen Annah-

meurkunde in Kraft. Eine Änderung ist nur für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel räumt den Vertragsstaaten die Möglichkeit ein, das Fakultativprotokoll durch schriftliche Notifikation gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam. Eine Kündigung wirkt sich jedoch nach Absatz 2 nicht auf solche Mitteilungen nach den Artikeln 2 und 10 sowie Verfahren nach Artikel 11 aus, die, bevor die Kündigung wirksam geworden ist, eingegangen oder begonnen worden sind.

Zu Artikel 21

Nach dieser Vorschrift ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen verpflichtet, die Vertragsstaaten des Paktes über a) Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritte, b) Inkrafttreten des Fakultativprotokolls und seiner Änderungen sowie c) Kündigungen des Fakultativprotokolls zu unterrichten.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel bestimmt die verbindlichen amtlichen Sprachfassungen des Fakultativprotokolls und die Hinterlegung im Archiv der Vereinten Nationen sowie die Übermittlung der beglaubigten Abschriften.